

IPPNW und ICAN Deutschland Zukunftscamp 2023

Gemeinsames Statement zum Pressebriefing, 07. Juli 2023

Teilnehmende: Johannes Oehler (ICAN Deutschland), Dirk Hoogenkamp (IPPNW Niederlande), Kim Rosebrock (IPPNW Deutschland)

Am 14. Dezember 2022 hat der Bundestag beschlossen, 35 Kampfflugzeuge vom Typ F-35 für den möglichen Einsatz von Atombomben zu kaufen. Zugleich sollen ab 2023 die modernsten US-Atombomben vom Typ B61-12 in Deutschland stationiert werden. In Belarus steht die Stationierung russischer Atomwaffen kurz bevor. Derzeit veranstalten die beiden Friedensnobelpreisträgerorganisationen IPPNW und ICAN in Düren ihr Zukunftscamp, um gegen diese nukleare Aufrüstung zu demonstrieren.

Wenige Kilometer von unserem Camp entfernt liegt der Bundeswehrstützpunkt Nörvenich, an dem das taktische Luftwaffengeschwader 33 stationiert ist. Diese Einheit trainiert regelmäßig den Einsatz von Atombomben. Die Übung eines Angriffs mit Atomwaffen sowie die neuen Atombomben machen unsere Welt nicht sicherer. Im Gegenteil: sie stellen ein enormes Risiko für Gesundheit und Leben aller Menschen auf diesem Planeten dar. Selbst wenn Atomwaffen nicht eingesetzt werden, binden sie gesellschaftliche und finanzielle Ressourcen, die anderswo dringend gebraucht werden. Allein durch die Produktion und Testung von Atomwaffen sind bereits tausende Menschen gestorben - und laufend gibt es neue Opfer.

Im diesjährigen Zukunftscamp setzen wir uns zudem besonders mit der Bewältigung der Klimakatastrophe auseinander. Der menschengemachte Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt haben mit der Bedrohung durch Atomwaffen viel gemeinsam. Genau wie die weltweit verteilten Atomwaffenarsenale stellt die Klimakatastrophe eine Bedrohung für die gesamte Menschheit dar. Beide sind nur durch internationale Kooperation zu bewältigen. Hier wie dort finden sich die Profiteure vor allem im globalen Norden und den ehemaligen Kolonialmächten, während die negativen Auswirkungen überwiegend den globalen Süden betreffen. Wir sprechen vom Abbau von Rohstoffe in Afrika, Atomwaffentests im Pazifik oder Zentralasien, weltweiten Hitzewellen oder dem fortlaufenden Anstieg des Meeresspiegels. Dies sind nur einige Beispiele.

Wir sind hier, um gemeinsam konstruktiv an Lösungen für diese vielfachen Bedrohungen durch die Klimakrise und eine globale nukleare Aufrüstungsspirale zu arbeiten. Wir wollen auf unserem Camp voneinander lernen, uns weiterbilden und vernetzen. Wir wollen zukünftige Kampagnen und Aktionen vorbereiten. Wir wollen unserem Protest kreativen Ausdruck verleihen: mit Musik, Theater und bildender Kunst. Hier, vor dem Fliegerhorst Nörvenich, stellen wir klar, dass die geplante atomare Aufrüstung nicht im Interesse der Menschen in Deutschland ist. Sie wird von uns abgelehnt. Genauso wie sie von einer Mehrheit der Menschen in Deutschland und der Welt abgelehnt wird.

Die internationale Kampagne ICAN hat den Atomwaffenverbotsvertrag initiiert. Der Vertrag verbietet Einsatz, Produktion, Testung und Stationierung von Atomwaffen. Er wurde am 7. Juli 2017 in der UN-Generalversammlung beschlossen. Damit feiert er heute sein sechstes Jubiläum. Zwei Drittel aller Staaten auf der Erde stimmten für den Vertrag, darunter

ausnahmslos alle afrikanischen und südamerikanischen Staaten. Deutschland, die NATO-Staaten und die anderen Atomwaffenstaaten sind dem Vertrag bis heute ferngeblieben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Leid der Überlebenden der über 2.000 Atomwaffeneinsätze und -Tests anzuerkennen und sich gemäß dieses Vertrags an der Hilfe für Überlebende und Umweltsanierung zu beteiligen.

Außerdem muss sich die Bundesregierung für eine verpflichtende Einbeziehung der CO₂-Emissionen von Militär und Rüstungsindustrie in die UN-Klimaberichte einsetzen. Denn die Emissionen aus Rüstungsindustrie und Militär belaufen sich auf 5,5% des weltweiten Ausstoßes. Trotzdem bleibt der CO₂ „Stiefelabdruck“ von Militär und Krieg noch immer unter dem Radar von Politik, Wissenschaft und Verteidigungssektor. Zudem sollte sich die Bundesregierung an Zahlungen an Länder des Globalen Südens beteiligen, die besonders unter den Folgen der Klimakatastrophe leiden.

Das Ziel von Klimagerechtigkeit und einer atomwaffenfreien Welt teilen wir mit einer großen Zahl weiterer Organisationen aus der Zivilgesellschaft. Am Camp dieses Jahr sind unter anderem BUND NRW, die Informationsstelle Militarisierung, attac, DFG-VK und das Hambicamp 2.0 beteiligt, sowie viele engagierte Einzelpersonen.

Seit den frühen Morgenstunden blockieren Aktivist*innen das Einfahrtstor zum Fliegerhorst Nörvenich. Angesichts der aktuellen nuklearen Aufrüstungspläne der Bundesregierung wollen sie ein Zeichen gegen weitere Militarisierung setzen, um so öffentliches Bewusstsein zu schaffen und ein deutliches Zeichen gegen die Übungsflüge mit Massenvernichtungswaffen zu setzen.